

## AKTUELLE PROBLEME DEUTSCHER POLITIK

JULI 1984

Peter J. OPITZ

“Von außen betrachtet, bietet Westeuropa das Bild eines blühenden Kontinents, der nun seit fast 40 Jahren in Frieden lebt und dessen wirtschaftlicher Aufstieg aus den Trümmern des 2. Weltkriegs die Schaffung von Wirtschafts- und Wohlfahrtssystemen ermöglichte, die einzig in der Welt - vielleicht sogar einzig in der Weltgeschichte - sind. Noch nie waren die Bürger Europas so frei wie heute, noch nie ist es ihnen - von einzelnen Gruppen abgesehen - insgesamt wirtschaftlich so gut gegangen wie heute. Man sollte also meinen, daß sie glücklich sind.

Das Gegenteil ist der Fall. Zu keinem Zeitpunkt nach dem 2. Weltkrieg war das Krisenbewußtsein so ausgeprägt, der Pessimismus so verbreitet und tiefgreifend. Gelegentlich drängt sich der Eindruck auf, Oswald Spengler sei ein Prophet der Gegenwart und der “Untergang des Abendlandes” stünde kurz bevor.”<sup>1</sup>

Was hier über Europa im großen gesagt wurde, gilt noch mehr und ganz besonders für die Bundesrepublik Deutschland. Insofern sind auch die meisten der Krisenphänomene, die im folgenden angesprochen werden, nicht spezifisch deutsch, sondern im Grunde europäische Phänomene, obwohl sie in den verschiedenen Ländern Europas mit unterschiedlicher Intensität auftreten und empfunden werden.

---

<sup>1</sup> Peter J. Opitz, Die Rolle Europas in einer sich wandelnden Welt: Perspektiven für das ausgehende 20. Jahrhundert, in: *The Korean Journal of International Relations*, Nr 23, 1983.

Leider gibt es keine empirische Untersuchung über die Verbreitung und Intensität des Krisenbewußtseins in den verschiedenen Teilen Westeuropas. Es existiert jedoch eine Erhebung von Ende 1982, in der die Bedrohungen und Ängste der deutschen Bevölkerung erfaßt sind. Auf ihre Ergebnisse möchte ich zu Beginn eingehen - und zwar aus zwei Gründen:

Zum einen weil auf diese Weise der etwas vage Begriff vom "Krisenbewußtsein" konkretisiert und differenziert werden kann und damit die einzelnen Krisenphänomene deutlich werden, die sich in ihm verschmelzen.

Zum anderen weil die Tatsache, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung verunsichert ist, selbst ein zentrales Problem der deutschen Politik darstellt, auf das natürlich auch politisch reagiert werden muß. "Zeiten der Angst bergen immer Gefahren für die Freiheit, insbesondere in einem Land hoher politischer Verführbarkeit," - so das Resümee der Studie, auf deren Ergebnisse nun etwas näher eingegangen werden soll.<sup>2</sup>

### Die Ängste der Deutschen

In der von Professor Gerhard Schmidtchen von der Universität Zürich konzipierten und von Infratest durchgeführten Erhebung waren 19 negative Entwicklungen beschrieben und die Befragten gebeten worden, zu sagen, was sie "beunruhigt" und was ihnen "Angst mache". Im einzelnen bezogen sich jene 19 Entwicklungen auf vier Bereiche:

1. Bedrohung der Umwelt
2. Bedrohungen der persönlichen Organisation
3. Bedrohungen der sozialen und moralischen Organisation
4. Verlust persönlicher Sicherheit

Dabei erwiesen sich im **ersten** Bereich als die beiden größten Auslöser von Angst und Beunruhigung die steigende Arbeitslosigkeit, die 42% der Befragten Angst machte und 52% beun-

<sup>2</sup> Gerhard Schmidtchen, Angst und Hoffnung. Beobachtungen zur Sozialpsychologie der Krise, in: Nikolaus Lobkowicz (Hrsg.), **Irrwege der Anst — Chancen der Vernunft — Mut zur offenen Gesellschaft** (= Veröffentlichungen der Hanns Schleyer-Stiftung, Bd. 10), Köln 1983, S. 42.

ruhigte, sowie die Umweltzerstörung, die von 39% der Befragten als angsterregend und von 50% als beunruhigend empfunden wurde. Beide Themen - Arbeitslosigkeit und Umwelt - werden später noch im einzelnen zu behandeln sein.

Im **zweiten** Bereich stand an der Spitze die Angst, einen nahestehenden Menschen zu verlieren (42/37), dicht gefolgt von der Furcht vor einem Krieg in Europa (43/32); daß zwischen diesen beiden Aspekten von Angst ein innerer Zusammenhang besteht, ist evident. Mit der Angst vor einem Krieg in Europa, die mit 43% den höchsten Angstwert erzielte, berühren wir ein weiteres zentrales Problem deutscher Politik, das später noch im einzelnen zu untersuchen sein wird.

Im **dritten** Bereich vermochte zwar keine der dort aufgeführten negativen Entwicklungen so hohe "Angst"-Reaktionen auszulösen, wie dies bei Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und Kriegsgefahr der Fall war, doch traten hier besonders hohe "Beunruhigungswerte" auf. Dabei dominierten - in dieser Reihenfolge - Furcht vor der wachsenden Kriminalität (33/45), vor zunehmender Rücksichtslosigkeit und der Auflösung der moralischen Werte (24/49) sowie vor der Zunahme des allgemeinen Mißtrauens (12/48). Sowohl die hier genannten, aber auch einige der ungenannten Aspekte dieses Bereichs signalisieren, daß sich die Bundesrepublik Deutschland in einer ernstesten geistigen Ordnungs- und wohl auch Orientierungskrise befindet, daß die traditionelle Moral sich zersetzt und an ihre Stelle ein Zustand zu treten beginnt, für den Thomas Hobbes den Ausdruck *bellum omnium contra omnes* geprägt hat.<sup>3</sup> Die Unsicherheit, die viele Menschen darüber empfinden, war sicherlich auch einer der Gründe, daß bei den Bundestagswahlen im März 1983 eine Partei siegte, die sich nicht nur der Wiederherstellung von 'law and order' verschrieben hat, sondern die auch für eine moralische Erneuerung Deutschlands eintritt.

Weniger durch "Angst" als durch "Beunruhigung" ist auch der **vierte** Bereich der Erhebung charakterisiert. Auch die politische Sicherheit erschien vielen der Befragten inzwischen als gefährdet - gefährdeter vermutlich als dies noch vor zehn oder

<sup>3</sup> S. dazu auch Hasso von Recum, Dimensionen des Wertewandels, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 25/84 (23. Juni 1984), S. 3-13.

zwanzig Jahren bei einer Befragung der Fall gewesen wäre. Jedenfalls sahen 52% der Befragten die Demokratie in Gefahr - davon 13% in "beängstigendem" und 39% in "beunruhigendem" Maße.<sup>4</sup> Leider ist der Erhebung nicht zu entnehmen, welches die konkreten Bedrohungen sind, die hinter dieser Angst stehen. Einen Hinweis liefert vielleicht die Feststellung, daß insgesamt 51% der Befragten ihre Freiheit durch zuviel staatliche Kontrolle bedroht sahen (14/37). Doch dies ist sicherlich nur einer unter vielen Aspekten des Unbehagens am politischen System der Bundesrepublik Deutschland.

In ihrem Endergebnis zeigte die Studie schließlich, daß bei 40% der deutschen Bevölkerung die Ängste und Sorgen überwiegen, daß jedoch eine gleich große Zahl hoffnungsvoll in die Zukunft sieht, während 20% in ihrer Einschätzung schwanken.<sup>5</sup> Interessante Nuancen liefert dabei eine Aufschlüsselung. Sie zeigt - zum einen -, daß Angst und Unbehagen besonders stark unter den jüngeren Jahrgängen herrschen: bei den 14-19 jährigen ist es fast die Hälfte, die sich ängstigen; bei den 20- bis 29 jährigen immerhin 42% - bei den Jahrgängen also, die zur Zeit des sog. "Wirtschaftswunders" aufwuchsen.

Doch noch eine andere Differenzierung brachte interessante Ergebnisse: Im Hinblick auf das parteipolitische Spektrum zeigte es sich, daß die Anhänger der christlichen Parteien am mutigsten zu sein scheinen. Nur 34% von ihnen bekannten, Angst zu haben - im Gegensatz zu 60% der sog. "Grünen". Auf mittlerem Niveau blieben die Anhänger der SPD mit 43% und der F.D.P. mit 42% Angst und Beunruhigung. Bezeichnenderweise sind es deshalb auch vor allem die sog. "Grünen" und "Alternativen", die mit der alten Politik brechen wollen, aber auch mit der

---

<sup>4</sup>Dem entsprechen ungefähr die Ergebnisse der Jugendstudie 1983, derzufolge von den befragten Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren mit der Demokratie in der Bundesrepublik 15% sehr zufrieden, 65% einigermaßen zufrieden und 15% nicht zufrieden sind. Zitiert nach *Das Parlament*, Nr. 21 (26. Mai 1984), S. 2.

<sup>5</sup> Eine sichtbare Entspannung zeigten Erhebungen, die im Auftrag der Zeit und einiger anderer Zeitungen erhoben wurden. Ihnen zufolge fiel zwischen März 1983 und April 1984 die Besorgnis über Arbeitslosigkeit von 82% auf 52%, über Atomwaffen von 42% auf 15% und über Kriminalität von 33% auf 10%, in: *Die Zeit*, 8.6.1984, Tab. 1.

alten Gesellschaft, die neue Wege suchen - **Wege aus der Gefahr**,<sup>6</sup> wie der Titel eines 1981 von Erhard Eppler veröffentlichten Buches heißt.

Allerdings zeigt gerade der Name Eppler, daß die Politik und das Potential des Protestes sich nicht auf die alternativen Gruppierungen beschränkt, sondern auch weit in die sozialdemokratische Partei hereinreicht. Denn Eppler - Entwicklungshilfeminister im Kabinett Brandt, langjähriger Vorsitzender der Grundwerte-Kommission beim Parteivorstand der SPD sowie amtierender Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages - ist in der SPD keine zweitrangige Figur, sondern einer ihrer profiliertesten geistigen Führer, der aus seiner Sympathie für die Alternativ-Bewegung kein Hehl macht, sondern offen für ein politisches Bündnis mit ihr wirbt. Nur im Bündnis mit den Grünen und Alternativen - so seine Parole - haben die Sozialdemokraten die Change, wieder an die Regierung zu kommen. Obwohl diese Parole in erheblichen Teilen der SPD auf Widerspruch und Opposition stößt, zeigen doch einige informelle Bündnisse zwischen den Sozialdemokraten und "Grünen" in einigen deutschen Bundesländern, daß sie nicht ganz von der Hand zu weisen ist.

Brechen wir hier die Darstellung des ersten Problemfeldes deutscher Politik - das wachsende Krisenbewußtsein - ab. Wir werden auf seine Auswirkungen auf die Parteien und die politische Kultur der Bundesrepublik, die mit dem Hinweis auf die Alternativbewegungen nur kurz gestreift wurde, im Schlußteil noch einmal zurückkommen. Wenden wir uns statt dessen nun von der Ebene des Bewußtseins, in dem sich die aktuellen Probleme der Bundesrepublik spiegeln, der Ebene des Seins, daß heißt den konkreten sozio-ökonomischen Problemen selbst zu.

Es sind vor allem drei Problemfelder, auf die dabei etwas genauer eingegangen werden soll:

1. auf die sicherheitspolitische Diskussion, die nach den großen Friedensdemonstrationen im Herbst auf dem Sonderparteitag der SPD zur Raketen-Stationierung und während der

---

<sup>6</sup> Erhard Eppler, **Wege aus der Gefahr**, Reinbek bei Hamburg 1981.

großen Bundestagsdebatte zu diesem Thema die deutsche Politik beherrschte, durch die anlaufende "Nachrüstung" der Nato sowie die schon angelaufene Nach-Nachrüstung des Warschauer Pakts aber noch weiter an Brizans gewinnen wird;

2. auf die schweren wirtschaftlichen Probleme, insbesondere auf die Arbeitslosigkeit und die Diskussion über die sog. Arbeitszeitverkürzung;
3. auf die schweren ökologischen Probleme, denen sich die Bundesrepublik gegenüber sieht.

Die Relevanz und Aktualität aller drei Problembereiche war schon bei der Bestimmung der Angst-Faktoren deutlich geworden. Hinzuzufügen wäre, daß es trotz aller Aktualität Probleme sind, die nicht von heute auf morgen gelöst werden können, sondern die die deutsche Politik noch geraume Zeit beschäftigen werden.

### **Problemfeld "Sicherheitspolitik"**

Am 21. November 1983 fiel auch auf deutscher Seite die endgültige Entscheidung in einer Frage, die wie kaum eine andere seit der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik die Öffentlichkeit aufgewühlt hatte. An diesem Tage sprach sich der Deutsche Bundestag mit 286 gegen 226 Stimmen bei einer Enthaltung dafür aus, mit der im sog. Nato-Doppelbeschuß vom Dezember 1979 vorgesehenen Stationierung von amerikanischen Mittelstrecken-Raketen auf deutschem Boden zu beginnen. Im Laufe dieser Aktion sollen in Westeuropa als Gegengewicht zu den ca. 350 sowjetischen SS-20-Raketen 108 Pershing II sowie 464 cruise missiles aufgestellt werden.

Das Abstimmungsergebnis im Deutschen Bundestag stellte allerdings keine Überraschung mehr dar. Denn während die Regierungsparteien an ihrer Zustimmung für die Raketen-Stationierung für den Fall eines Scheiterns der Genfer Rüstungskontroll-Verhandlungen (INF) nie einen Zweifel gelassen hatten, war bei der SPD die endgültige Entscheidung **gegen** eine Stationierung spätestens eine Woche zuvor auf einem Sonderparteitag in Köln gefallen. Daß sich die Mehrheit ihrer

Bundestagsabgeordneten an die dort gefaßte Ablehnung halten würde, war voraussehbar - voraussehbar war aber auch, daß diese Ablehnung nicht einstimmig ausfallen würde. Denn eine kleine Gruppe, zu der auch der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt gehörte, hatte auf dem Parteitag wie schon zuvor in den innerparteilichen Diskussionen - trotz aller Kritik an der amerikanischen Verhandlungsführung in Genf - am Nachrüstungsbeschluß festgehalten. Dagegen hatte die Mehrheit der Partei an ihrer Auffassung, der im Doppelbeschluß enthaltene Verhandlungsauftrag sei nicht voll ausgeschöpft worden, festgehalten und sich für eine Verschiebung der Stationierung und eine Fortsetzung der Verhandlungen ausgesprochen.

Sie wurde in dieser Haltung von Meinungsumfragen bestätigt, denen zufolge eine überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung ebenfalls für die Verschiebung der Stationierung und die Fortsetzung der Verhandlungen plädierte. Nach den Erhebungen des Sinus-Instituts vom Oktober 1983 vertraten zu jenem Zeitpunkt mehr als zwei Drittel, nämlich 74% der Bevölkerung diese Ansicht - unter ihnen auch die Mehrheit der Wähler der Regierungsparteien. Nur 17% der Befragten waren der Ansicht, daß durch die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in Europa der Frieden sicherer werde.<sup>7</sup> Damit bestand die paradoxe Situation, daß in dieser Frage hinter der Parlamentsmehrheit nur eine Minderheit der Wähler stand, während die Minderheit im Bundestag die Mehrheit der Bevölkerung vertrat.

Die sicherheitspolitische Kontroverse in der Bundesrepublik wäre schon ernst genug, würde es in ihr lediglich um den Vollzug des Doppelbeschlusses gehen. Die öffentliche Diskussion zeigt jedoch - und die Meinungsbefragungen bestätigen es - daß mehr auf dem Spiel steht: nämlich die Nato-Doktrin der atomaren Abschreckung selbst. Diese Doktrin sieht in der heute gültigen Version der "flexible response", die 1967 die bis dahin bestehende Strategie der "massive retaliation" offiziell ablöste, vor, daß sich die Nato gegen einen Angriff solange mit konventionellen Waffen wie irgend möglich verteidigt, daß sie jedoch im Falle

<sup>7</sup> Sicherheitspolitik - Bündnispolitik - Friedensbewegung. Eine Untersuchung zur aktuellen Stimmungslage im Spätherbst 1983, München, Okt. 1983, S. 47.

einer drohenden Niederlage auch Kernwaffen einsetzt - und zwar auch dann, wenn sie dies als erste Seite tun müßte.

Diese Strategie war in Westeuropa unkontrovers, solange die atomare Überlegenheit des Westens gegeben war und eine regionale Begrenzung eines Atomkrieges als nicht möglich schien. Inzwischen ist jedoch jede dieser beiden Voraussetzungen ins Wanken geraten.<sup>8</sup> Nachdem die atomare Überlegenheit des Westens im Bereich der Interkontinental- raketen schon Ende der 60er Jahre verlorengegangen war und die Sowjetunion in den Jahren danach auch im Bereich der Mittelstreckenraketen gleichgezogen hatte, wuchsen in Westeuropa auch die Zweifel an der These von der Nicht-Begrenzbarkeit eines Atomkrieges. So ist insbesondere die Reagan - Administration aufgrund einer Reihe von Äußerungen ihrer führenden Repräsentanten in den Verdacht geraten, einen Atomkrieg nicht nur für gewinnbar, sondern auch für begrenztbar zu halten.

In Anbetracht dieses Verdachts erschienenen dann auch die - ursprünglich von den Westeuropäern selbst geforderten - Mittelstreckenraketen in einem anderen Licht: nämlich als Instrument jenes "Enthauptungsschlags" gegen die Sowjetunion, von dem in der sog. "Defence Guidance" die Rede ist.<sup>9</sup> Doch auch in Verbindung mit der Strategie der sog. "horizontalen" bzw. "geographischen Eskalation", derzufolge sich der Westen im Fall einer sowjetischen Aggression nicht nur an der betreffenden Stelle, sondern auch an anderen ihm günstig erscheinenden Fronten verteidigen würde, erscheinen die neuen Raketen, insbesondere die zielgenauen, schnellen und weitreichenden Pershing II - als gefährlich. Daß der amerikanische Verteidigungsminister, als er diese Strategie vortrug, dabei nicht nur an Kuba und Korea dachte, sondern auch ein Vordringen Moskaus am Persischen Golf mit einer westlichen Reaktion in Osteuropa in Verbindung brachte, schockierte besonders. "Dem

---

<sup>8</sup> Zur amerikanischen Kontroverse über die Nato-Strategie siehe McGeorge Bundy/George Kennan/Robert S. McNamara and Gerhard Smith, *Nuclear Weapons and the Atlantic Alliance*, *Foreign Affairs*, Spring 1982; George W. Ball, *The Cosmic Bluff*, in: *The New York Review of Books*, Vol. XXX, No 12; siehe auch *Der Palme-Bericht*. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit. Berlin 1982.

<sup>9</sup> *New York Times*, 30 Mai 1983.



Betrachter bleibt hier nur zu fragen", so ein Analytiker der Studiengruppe "Europäische Sicherheit" der "Vereinigung deutscher Wissenschaftler", "ob derartige Konzepte und Strategien, bei denen das Schicksal von 200 Millionen Europäern an den seidenen Faden der politischen Stabilität in der Golfregion gehängt wird, nicht die westliche Allianz wesentlich mehr bedrohen als die Sowjetunion. Man kann sich schwer vorstellen, daß eine "voluntary association" derartige bündnisinterne Rücksichtslosigkeit auf die Dauer überlebt."<sup>10</sup>

Es ist nicht nötig die Glaubwürdigkeit der atomaren Abschreckungs-Strategie und die Argumente, die gegen sie vorgebracht werden, zu prüfen. Die Feststellung mag genügen, daß bei den Parteien und in der Bevölkerung der Bundesrepublik die Zweifel an und die Angst vor dieser Strategie wachsen, daß zum Beispiel

- 42% der Bevölkerung bestreiten, daß die Sowjetunion nur durch atomare Abschreckung von einem Angriff gegen die Bundesrepublik und Westeuropa abgehalten werden kann;
- 72% gegen eine militärische Verteidigung der Bundesrepublik mit Atomwaffen sind (und nur noch 14% dafür)<sup>11</sup> und
- 60% in der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa auf beiden Seiten der Grenze - also etwa in der Art, wie sie der sog. Palme-Bericht verschlägt - eine der Möglichkeiten zur langfristigen Sicherung von Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Bundesrepublik sehen.<sup>12</sup>

Doch auch damit ist neuralgische Punkt der derzeitigen sicherheitspolitischen Debatte in der Bundesrepublik noch nicht berührt. Dieser liegt vielmehr noch eine Schicht tiefer und betrifft das Nato-Bündnis selbst sowie das Verhältnis der Deutschen, bzw. der Westeuropäer zu den USA. So grassierte vor allem in der Regierung und den sie tragenden Parteien die Befürchtung, daß eine Aufkündigung des Stationierungsbeschlus-

<sup>10</sup> Albrecht A.C. von Müller, **Grundzüge einer europäischen Sicherheitspolitik für die 80er und 90er Jahre**. Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik. Arbeitsgruppe Gottstein. München 1983, S. 29.

<sup>11</sup> **Sicherheitspolitik**, S. 36.

<sup>12</sup> **Sicherheitspolitik**, S. 26.

ses nicht nur die Gefahr der Erpressbarkeit Westeuropas durch Moskau gefährlich gesteigert, sondern auch eine erhebliche Belastung des Nato-Bündnisses zur Folge gehabt hätte.

Gefährdet sehen sie das Bündnis aber nicht allein durch die drohende Entfremdung der USA von ihren westeuropäischen Verbündeten, sondern auch von einem um sich greifenden anti-amerikanischen Resentiment in Westeuropa. Daß sich die einstige Begeisterung der Westdeutschen gegenüber den Befreierern von 1945 und den Garanten ihrer heutigen Sicherheit aus innerer Reihe von Gründen inzwischen erheblich abgekühlt hat, ist unbestreitbar. Das gilt ganz allgemein für den Vorbild-Charakter der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung der USA, es gilt aber ganz besonders für die Politik der jetzigen Administration, zu der sich im Herbst 1983 nur noch 19% der Bevölkerung positiv äußerten.<sup>13</sup> Aus dieser kritischen Haltung aber gleich auf einen Anti-Amerikanismus zu schließen oder gar auf eine Abwendung von der NATO, erscheint jedoch falsch: vielmehr sprachen sich 78% der Befragten für den Verbleib der Bundesrepublik in der Nato aus.

Daß diese Zustimmung nicht auf die Anhänger der Regierungsparteien beschränkt ist, sondern auch für die SPD gilt, bestätigte nochmals ihr Sonderparteitag in Köln, auf dem sich eine eindrucksvolle Mehrheit der Delegierten - trotz ihrer Ablehnung der Raketen-Stationierung - zur Nato bekannte. Das aktuelle Problem - so darf man folgern - ist also weniger die Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen oder der Nato, sondern lediglich die derzeitige Nato-Strategie. Über sie müßte sich bei etwas Flexibilität auf allen Seiten - der langjährige Konsens wiederfinden lassen. Sollte dieser gute Wille allerdings fehlen, so könnte schließlich auch das Bündnis Schaden nehmen - was vor allem für Europa fatale Folgen hätte.

### **Problemfeld "Wirtschaft"**

Auf den ersten Blick mögen Außenstehende von den verbreit-

<sup>13</sup> Bezeichnenderweise stieg in Befragungen zwischen März und April 1984 die Zahl jener, die die amerikanische Aufrüstung als Ursache der neuesten Spannungen ansahen von 29% auf 41%, während jene, die dies von der Sowjetunion annahmen von 55% auf 50% zurückging. Die Zeit, 8.6.1984, Tab. 2.

teten wirtschaftlichen Ängsten und Beunruhigungen, die sich in den Meinungsumfragen gezeigt hatten, überrascht sein. Gilt doch gerade die Bundesrepublik als ein wirtschaftlich besonders krisenfestes Land. Eine solche Einschätzung wurde noch durch eine Reihe von Meldungen bestätigt, die nicht nur die ungebrochene wirtschaftliche Bonität Bonns bestätigen, sondern auch anzeigen, daß die Bundesrepublik zu jenen Nationen gehört, die das jüngste Weltwirtschaftstief inzwischen erfolgreich hinter sich gebracht haben. So rangierte die Bundesrepublik nicht nur auf der im September 1983 von "International Investor, Magazin" herausgegebenen Länder-Ratingliste hinter den USA, der Schweiz und Japan mit 93,5 von 100 Punkten an vierter Stelle unter 107 dort berücksichtigten Ländern.<sup>14</sup> Auch bei der internationalen Konjunktur-Entwicklung prognostizierten die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute für 1984 der Bundesrepublik ein reales Wachstum von 2%, mit denen sie hinter der USA (4%) und Japan (3,5%) an dritter Stelle rangieren würde. Günstig im Vergleich zu vielen anderen Industrie-Ländern liegt die Bundesrepublik schließlich auch im Hinblick auf die Inflation; auch hier liegt sie - zusammen mit den USA - beim Anstieg der Verbraucher-Preise von 1983 gegenüber 1982 mit nur 2,6% - an dritter Stelle hinter Japan (1,2%) und der Schweiz (1,8%).<sup>15</sup>

Doch der positive erste Eindruck täuscht. Trotz der genannten Zahlen befindet sich die Bundesrepublik in ihrer schwersten wirtschaftlichen Krise seit ihrer Gründung. Es ist nicht eine konjunkturelle Krise, die mit anspringender Weltkonjunktur bald überwunden sein wird, sondern eine strukturelle Krise, deren erste Ausläufer uns gerade erst erfaßt haben. Die eigentlichen Probleme werden uns erst in einigen Jahren sichtbar werden. "Wie ein rasendes Auto, das über einen Pier hinauschießt und einen Augenblick guaisi stillhält bevor es ins Meer stürzt, ist die Bundesrepublik heute eine Nation, die sich selbstgefällig durch das 20. Jahrhundert bewegt - blind und nichtsahnend von der ökonomischen Katastrophe, von der sie bereits erfaßt ist"<sup>16</sup> - so das Urteil von Bruce

<sup>14</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Okt. 1983.

<sup>15</sup> Süddeutsche Zeitung (= SZ) vom 15./16. Nov. 1983, S. 10.

<sup>16</sup> Bruce Nussbaum, **Das Ende unserer Zukunft**. Revolutionäre Technologien drängen die europäische Wirtschaft ins Abseits, München 1983, S. 9.

Nussbaum, Mitherausgeber des führenden amerikanischen Wirtschaftsmagazins "Business Week" in seinem Buch. **Das Ende unserer Zukunft. Revolutionäre Technologien drängen die europäische Wirtschaft ins Abseits.** Wir werden auf diese Einschätzung später noch im einzelnen zurückkommen.

Im Augenblick stellt sich die Krise - wie in vielen anderen Industrieländern auch - in ihrer äußeren Erscheinung vor allem als ein Problem der Arbeitslosigkeit dar. Nachdem die Bundesrepublik über Jahrzehnte von der Arbeitslosigkeit nicht nur verschont geblieben war, sondern sogar noch ca. 5 Millionen Gastarbeiter aus Süd- und Südosteuropa Arbeit gegeben hatte, setzte Mitte der 70er Jahre eine Wende ein. Von nur 0,6% Arbeitslosen im Jahre 1974 stieg deren Zahl bis Juni 1984 auf 8,5% an, das sind ca. 2,11 Millionen Menschen.<sup>17</sup> Wie sich die Arbeitslosenzahlen in den nächsten Jahren entwickeln werden, ist unter Experten kontrovers - Einigkeit besteht allerdings darüber, daß fühlbare Senkungen nicht zu erwarten sind. So kam das Münchener Ifo-Institut unter Zugrundelegung einer gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate von 2,5% und einem konstanten Ausländerpotential für die zweite Hälfte der 80er Jahre auf einen Jahresdurchschnitt von ca. 2,4 Millionen Arbeitslosen. Andere Berechnungen kommen für 1990 auf 3,5 Millionen.<sup>18</sup> Diese Berechnungen gewinnen zusätzlich Aktualität und Plausibilität durch neuere Erhebungen des Ifo Instituts, denen zufolge die deutsche Industrie trotz einer erwarteten Zunahme der jährlichen Industrieproduktion bis 1988 um jährlich 2,2% den Abbau von Arbeitsplätzen fortzusetzen gedenkt. So wird die Industrie im Jahre 1985 ca. 160 000 Menschen weniger beschäftigen als dies im Jahre 1983 der Fall war.<sup>19</sup>

Aus dem Problem der Arbeitslosigkeit haben sich im Laufe der letzten Jahre eine Reihe weitreichender und zum Teil schwerwiegender Folgeprobleme ergeben. So hat der Versuch der sozial-liberalen Regierung - insbesondere während der Jahre 1976/77 - der zunehmenden Arbeitslosigkeit über staatliche Be-

<sup>17</sup> Bundesanstalt für Arbeit, **Amtliche Nachrichten** 7/1984, Übersicht 1/1 und 1/2.

<sup>18</sup> Ifo-Schnelldienst, 30//1983 (28. Oktober 1983), Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen einer Verkürzung der Arbeitszeit, S. 8.

<sup>19</sup> **SZ** vom 9.4. 1984, S. 22.

schäftigungs- programme Herr zu werden, zwar rund eine halbe Million Arbeitsplätze geschaffen, bzw. deren Verlust verhindert, andererseits aber zu einer gewaltigen Staatsverschuldung geführt, die in den Folgejahren infolge des Ausbleibens eines anhaltenden konjunkturellen Aufschwungs nicht mehr abgebaut werden konnte. Staatliches **deficit-spending** als das wichtigste keynesianische Instrument stand daher in den nächsten Jahren nicht mehr zur Verfügung.

In der Folge erhöhte sich ab 1980 der politische Druck in Richtung auf eine Konsolidierung der Staatsfinanzen - eine Forderung, die zunächst von der Opposition, dann aber auch immer lauter von der FDP vorgetragen wurde. Vergeblich plädierten dagegen die Memorandum-Gruppe unter den deutschen Wirtschaftswissenschaftlern, die Gewerkschaften sowie Teile der SPD für eine Fortsetzung der keynesianischen Wirtschaftspolitik. Gegen die massive Gegenwehr der Gewerkschaften versuchte die sozial-liberale Koalition zwischen 1980 und 1982 eine Konsolidierung der Staatsfinanzen über Einschränkungen und den Abbau von Sozialleistungen. Zugleich aber verdoppelte sich die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik während dieser zwei Jahre.

Tiefgreifende Folgen hatte die Situation auch für die Ausländerpolitik: hier kam es nicht nur zu einem Anwerbestopp, sondern auch zu einem starken öffentlichen Druck auf die in der Bundesrepublik lebenden Gastarbeiter, wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Da dies jedoch nur in geringem Umfang geschah, begann sich allmählich eine bis dahin unbekannte Fremdenfeindlichkeit zu entwickeln.<sup>20</sup>

Soziale Spannungen traten jedoch nicht nur zwischen Deutschen und Gastarbeitern auf, sondern auch zwischen den Deutschen selbst: zum einen zwischen Arbeitslosen und Arbeit habenden, doch dies ist bislang noch kein gravierendes Problem. Zum anderen zwischen den Arbeitgebern und den Gewerkschaften. Waren in den vergangenen Jahrzehnten der Vollbe-

<sup>20</sup> Obwohl die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in der BRD von 2,6 Mio im Jahr 1973 auf 1,68 Mio im Jahr 1983 (darunter 533 000 Türken) zurückging, ist die Zahl der in der BRD lebenden Ausländer in den letzten Jahren ständig gestiegen und betrug 1983 4,67 Mio Ausländer, darunter 1,6 Mio Türken.

schäftigung Auseinandersetzungen zwischen den Tarifpartnern selten, so beginnt sich nun eine deutliche Verhärtung der Fronten abzuzeichnen. So prophezeite Leonhard Mahlein, ein 1933 in den Ruhestand ausgeschiedener Gewerkschaftsführer für die kommenden Jahre den "härtesten Kampf der deutschen Gewerkschaftsbewegung".<sup>21</sup> Daß diese Prophezeiung durchaus den Realitäten entsprach, zeigten die im Frühjahr 1984 in der Druck- und Metallindustrie ausbrechenden Auseinandersetzungen über den Einstieg in die 35-Stunden Woche, die erst Anfang Juli geschlichtet werden konnten.

Für einen solchen Kampf sind die Gewerkschaften zur Zeit unzureichend gerüstet; zudem hat sich ihre Ausgangsposition in den letzten Jahren sichtbar verschlechtert: als Folge der wirtschaftlichen Depression gingen ihre Mitgliederzahlen zurück,<sup>22</sup> was nicht nur ihre Schlagkraft schwächte, sondern auch zu einer Senkung ihrer Beitragssumme führte. Gleichzeitig wuchs der Druck unzufriedener Arbeiter auf die Gewerkschaftsführungen und setzte sie unter Erfolgszwang. Doch auch die für solche Erfolge notwendigen politischen Rahmenbedingungen sind für die Gewerkschaften ungünstiger geworden: Während sie bis zum Regierungswechsel am 28. September 1982 eine Regierung hinter sich wußten, mit der sie weltanschaulich wie personell eng verbunden waren, regiert nun in Bonn eine konservativ-liberale Koalition, die sich politisch eher in der Nähe der Unternehmer befindet und die weltanschaulich stärker auf die Kräfte des Marktes setzt.

So überraschte es kaum, daß die Sparbeschlüsse der Regierung Kohl, die Eingriffe in die Renten- und Arbeitslosenversicherung ebenso enthielten wie Kürzungen des Mutterschafts- und Kindergeldes, und die Abschaffung der Ausbildungsförderung schnell zu einer Verhärtung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung führten. An ihr hat sich seitdem nichts geändert, und sollten sich in den Koalitionsparteien jene Politiker durchsetzen, die nicht nur für einen

<sup>21</sup> *Die Zeit*, 46/1983, S. 36.

<sup>22</sup> So verlor der Deutsche Gewerkschaftsbund, in dem 17 Einzelgewerkschaften zusammengeschlossen sind, nach Angaben der Gewerkschaftszeitung *Welt der Arbeit* allein im Jahr 1983 100 000 Mitglieder, in *SZ* vom 25./26.2.1984.

weiteren Abbau der Sozialleistungen plädieren, sondern auch eine Beschneidung der Tarifautonomie erwägen, so dürfte sich die Situation noch erheblich verschärfen.

Derzeitiges Hauptthema der Kontroverse, in der sich wieder Regierung und Arbeitgeber auf der einen und die Gewerkschaften auf der anderen Seite gegenüberstehen, ist die Forderung nach der Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, von der sich die Gewerkschaften wichtige Impulse bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versprechen. Doch auch in dieser Frage ist ihre Position schwach: nicht nur warnt die Mehrzahl der führenden Wirtschaftsinstitute vor den wirtschaftlichen Belastungen einer solchen Maßnahme, auch viele Gewerkschaftsmitglieder selbst stehen dem Vorschlag skeptisch gegenüber. So sprachen sich in einer internen Umfrage des DGB angeblich nur 23% für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit aus, während 54% der Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre den Vorzug gaben.<sup>23</sup> Für eine solche Lösung entschied sich Mitte November auch die Bundesregierung.

So wichtig die Linderung der Arbeitslosigkeit auch sein mag und so richtig es wohl auch ist, Varianten einer Arbeitszeitverkürzung als eines der Mittel dafür einzubeziehen - die eigentlichen Gefahren drohen der deutschen Wirtschaft jedoch aus anderen Richtungen. Die Bundesrepublik ist ein exportabhängiges Land - zur Zeit werden 30% der Arbeitskräfte in der Industrie über Exportaufträge gesichert. Oberstes Ziel von Staat und Wirtschaft muß es deshalb sein, die internationale Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. Doch diese ist stark gefährdet.

Extern geraten die deutschen Märkte im Ausland unter doppelten Druck: zum einen muß sich die deutsche Wirtschaft gegen die Konkurrenz finanziell und technologisch potenter Industriestaaten wie die USA und Japan behaupten; zum anderen droht ihr eine wachsende Konkurrenz von den immer stärker werdenden Schwellenländern der Dritten Welt. Wie gefährlich gerade diese Konkurrenz ist, spürt besonders die deutsche Werftindustrie, deren Auftragsvolumen in nur knapp zwei Jahren von 30,4 Mill. BRT im Jahre 1974 auf knapp die Hälfte zusammenschmolz. Ähnliche Gefahren drohen anderen Bran-

<sup>23</sup> Die Zeit, 46/1983, S. 36.

chen. So ist in der Stahlindustrie - der anderen deutschen Krisenbranche - die Produktion von 53,2 Mill. t Rohstahl im Jahre 1974 auf 35,9 Mill. t zurückgegangen, wobei die Zahl der Beschäftigten auf nur 76% des Standes von 1974 sank. Noch besorgniserregender sind allerdings die Positionsverluste der deutschen Wirtschaft beim Export von Spitzentechnologie. Während die BRD im Jahre 1972 noch 26% der Marktanteile hatte (hinter den USA mit 32% und vor England und Japan mit 14% bzw. 13%), ist ihr Anteil 1983 auf nur 17% zurückgefallen (während derjenige der USA auf 37%, derjenige Japans sogar auf 25% stieg). Als Ursachen dieser Entwicklung haben die 1981 vom Bundeswirtschaftsministerium bei fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten in Auftrag gegebenen und Anfang 1984 veröffentlichten "Strukturberichte 1983" einen bei härter gewordenen außenwirtschaftlichen Bedingungen verlangsamten Strukturwandel diagnostiziert, der zu einem Anpassungsstau geführt hat. Beklagt wurde außerdem eine zu geringe Investitionstätigkeit, die zumindest in einigen Branchen eine Überalterung der Produktionsanlagen zur Folge hatte.<sup>24</sup>

Man kann die Schrumpfung der Exportaufträge als gottgegebenes Schicksal hinnehmen und sich damit begnügen, die knapper werdende Arbeit gerechter zu verteilen. Man kann jedoch auch versuchen, durch eine offensive Wachstums- und Innovationspolitik billiger und besser zu produzieren, vor allem aber neue Produkte zu entwickeln. Für beides sind allerdings die allgemeinen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik nicht sonderlich günstig. Das gilt nicht nur für den Einsatz moderner automatischer Produktionsverfahren, z.B. computergesteuerte Industrieroboter, von denen es in der Bundesrepublik im Jahre 1982 erst 3 500 gab - im Gegensatz zu 13 000 in Japan<sup>25</sup> - sondern auch für die Entwicklung neuer und zukunftssträchtiger Technologien wie Mikroelektronik und Biotechnik.

Sofern nicht umgehend von Staat und Industrie, Banken, Gewerkschaften und Wissenschaft konzentrierte Maßnahmen eingeleitet werden, um den Anschluß an den wissenschaftlichen

<sup>24</sup> SZ vom 12.1.1984 und vom 19./20.4.1984.

<sup>25</sup> Allerdings hat sich die Einführung von Industrierobotern in den letzten Jahren erheblich gesteigert; so verdoppelte sich ihre Zahl von 2 300 im Jahre 1981 auf 4 800 im Jahre 1983.



Fortschritt zurückzugewinnen und die in vielen Bereichen veralteten Industriestrukturen der Bundesrepublik grundlegend zu erneuern, dürfte Deutschland in absehbarer Zukunft auf das Niveau eines zweit- bis drittklassigen Industriestaates zurückfallen. Während diese Problematik bis ins Jahr 1983 abes nur von wenigen Politikern, Wirtschaftsführern und Wissenschaftlern erkannt worden war, hat inzwischen eine umfangreiche Diskussion eingesetzt, die sich nicht nur auf die Ursachen der mangelnden Investitions- und Innovationsfreudigkeit der deutschen Unternehmer bezieht, sondern auch auf Schwachstellen im deutschen Hochschulsystem hinweist und grundlegende Verbesserungen fordert. So hat insbesondere eine im Dezember 1983 erfolgte Forderung des Außenminister Hans Dietrich Genscher nach der Gründung von Elite-Universitäten eine zwar insgesamt eher kontroverse, für die Sache selbst jedoch durchaus fruchtbare Auseinandersetzung ausgelöst.<sup>26</sup>

### **Problemfeld "Umwelt"**

Auch das dritte hier zu behandelnde Problemfeld - die Zerstörung der natürlichen Umwelt - steht an Bedrohlichkeit den beiden erstgenannten nicht nach. Und wie die beiden anderen, so wurde auch die Gefahr, die von ihm ausgeht, erst seit dem Ende der 70er Jahre einer größeren Öffentlichkeit bewußt. Den Auslöser bildete ein besonderer Aspekt des Problems, das sog. Baumsterben.

Meldungen über eine beunruhigende Zunahme erkrankter Bäume tauchten seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre immer häufiger in deutschen Zeitungen auf. Betroffen war vor allem die Tanne, eine empfindliche Baumart, die auch in früheren Jahren schon wiederholt von Krankheiten befallen war. Obwohl Untersuchungen über die Ursachen der neuen Krankheit eingeleitet wurden, blieben Warnungen besorgter Naturschutzverbände und Bürgerinitiativen, lange unbeachtet oder wurden als Panikmache abgeten. Zu Unrecht, wie die folgenden Jahre zeigten. Denn die erkrankten Waldflächen breiteten sich nicht nur bedrohlich aus - die Krankheit griff auch auf andere Baumarten über: Kiefern, Fichten wurden von ihr befallen, bald auch Laubbäume.

<sup>26</sup> S. dazu *Mitteilungen des Hochschulverbandes*, 2/1984, S. 71 ff.

Im Frühjahr 1982 erbrachte eine Erhebung in Bayern, daß dort 6,5% der Waldfläche erkrankt war.<sup>27</sup> Das war beunruhigend, aber noch immer nicht alarmierend. Alarmierend waren erst die Ergebnisse, die eine umfangreichere Waldschadens-Inventur ein Jahr darauf an den Tag förderte: sie zeigte, daß inzwischen 45% der Waldflächen in Bayern Schäden aufwiesen, die sich über das ganze Land verteilten und fast alle Baumarten betrafen. Die Ergebnisse einer Waldschadenserhebung im Bundesgebiet fielen nicht besser aus: im Oktober 1983 meldeten der verantwortliche Fachminister, daß ein Drittel der Waldfläche in der Bundesrepublik geschädigt ist.<sup>28</sup> Jeden Tag, so rechneten Forstleute inzwischen vor, erkrankten 10 Millionen Bäume. Sofern nicht umgehend wirkungsvolle Gegenmaßnahmen eingeleitet werden - und die Hauptursache der Krankheit: die starke Verunreinigung der Luft mit Stickoxyden und Schwefeldioxyd beseitigt wird - ist der Tag absehbar, an dem es in der Bundesrepublik keinen Wald mehr geben wird.

Die Konsequenzen, die dies für alle Lebensbereiche haben würde, sind in ihrer ganzen Tiefe und Tragweite noch gar nicht erfaßt. Gewiß ist nur, daß es eine ökologische Katastrophe ersten Ranges wäre - mit tiefgreifenden Auswirkungen auf das Klima, die Wasserversorgung, die Böden, was insgesamt wiederum zur Vernichtung hunderttausender landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Betriebe und zum Ruin von Wirtschaftsbranchen wie der Holzindustrie oder dem Fremdenverkehr führen würde.<sup>29</sup>

---

<sup>27</sup> S. dazu Bayerische Forstverwaltung, **Information**, 4/1983. Sonderheft: Waldsterben - Waldschadeninventur 1983, S. 2.

<sup>28</sup> Ebd. S. 7.

<sup>29</sup> Einen Einblick in die Dimension der wirtschaftlichen Schäden, die sich allein im forst- und holzwirtschaftlichen Bereich ergeben, zeigen jüngst veröffentlichte Zahlen der "Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e.V.". So sichert allein die deutsche Forstwirtschaft 100 000 feste und 800 000 Teilzeit -Arbeits- plätze; hinzu kommen 750 000 der Forstwirtschaft unmittelbar nachgelagerte Arbeitsplätze in der Holzwirtschaft. Viele von ihnen sind in Gefahr. Die volkswirtschaftlichen Verluste, die bei einem Vermögenswert der Wälder von 150 bis 200 Mrd. DM bereits eingetreten sind, werden auf weit über 20 Mrd. DM geschätzt. S. dazu **Natur und Umwelt**, 64. Jg., 1. Quartal 1984 (Ausgabe Bayern).

Nachdem sich die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien in Sachen Umweltschutz jahrelang mit Lippenbekenntnissen begnügt hatten, denen nur halbherzige Maßnahmen folgten, ist inzwischen die Stimmung umgeschlagen. Ein Grund dafür ist die aufziehende Katastrophe, ein anderer der Einzug sog. "grüner" Parteien in den Bundestag, in mehrere Landtage sowie in weit über hundert Kreistage und Gemeindevertretungen. Umweltschutz - so signalisieren die Erfolge der grünen Gruppierungen - ist ein Thema geworden, das immer mehr Menschen in der Bundesrepublik beschäftigt und dessen Vernachlässigung politisch nicht mehr ungestraft bleibt.<sup>30</sup>

Daß die Belange des Umweltschutzes lange Zeit vernachlässigt wurden und daß die nun einsetzenden Gegenmaßnahmen noch immer zögernd sind, hat viele Gründe: zu ihnen gehört eine tief verwurzelte Wachstumsideologie ebenso wie ein Vertrauen auf technokratische Lösungen, mit denen man den Schäden wieder Herr zu werden hofft; zu ihnen gehört aber auch der lange Zeit fehlende Druck der Öffentlichkeit, der politische Handlungsspielräume erst öffnete und Versäumnisse bei Wahlen bestrafte. Der wichtigste Grund ist aber wohl der zähe Widerstand zahlreicher Verbände und Gruppen, die in vielen ökologischen Maßnahmen und Auflagen eine Beeinträchtigung ihrer Interessen sehen. So konnten auch jetzt unter dem Druck der betroffenen Branchen die Grenzwerte der Emissionen von Großfeuerungsanlagen nicht in dem Maße herabgesetzt werden, wie viele Fachleute es für nötig halten. Scharfe Kritik an den wachsenden ökologischen Auflagen und ihren negativen Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft äußerte im Herbst 1983 eine offizielle Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), die auf die rapide Verteuerung allein der Energiekosten hinwies.<sup>31</sup> Ähnliche Widerstände provozieren die von der Regierung geplanten Maßnahmen für die dringend notwendig gewordene Reduzierung der Abgas-Emissionen für

---

<sup>30</sup> In der Debatte über die Ursachen des Waldsterbens erklärte der Bayerische Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten am 15. Sept. 1983: "Die Bewahrung der Umwelt ist nach der Friedenssicherung die wichtigste Aufgabe unserer Zeit." in: *Das Parlament*, 33. Jg./Nr. 39 (Bonn, 1. Okt. 1983), S. 1.

<sup>31</sup> SZ vom 15./16. Nov. 1983, S. 33.

Kraftfahrzeuge und die Einführung bleifreien Benzins. So suchte offensichtlich die deutsche Automobilindustrie im Juli 1984 mit Hinweis auf stark steigende Kosten für die Anschaffung und Haltung neuer umweltfreundlicher Autos die deutsche Öffentlichkeit gegen die geplante Einführung von abgasreinigender Katalysatoren und bleifreies Benzin zu mobilisieren,<sup>32</sup> nachdem sie zuvor schon, zusammen mit einigen Automobilclubs gegen eine Reduzierung der Geschwindigkeiten auf Autobahnen und Landstraßen zu Felde gezogen war.<sup>33</sup>

Das Baumsterben ist allerdings nur der momentan spektakulärste Aspekt des Umweltproblems in der Bundesrepublik - keineswegs der einzige. Denn nicht nur die Wälder sind bedroht, auch der Boden, die Luft, das Wasser - der ganze natürliche Lebensraum des Menschen ist in Gefahr.<sup>34</sup> Es ist eine schleichende Gefahr, ein stilles Sterben. Stadtnahe Wälder werden abgeholzt, Weiher und Tümpel zugeschüttet, Wildbäche begradigt, Moore trockengelegt (und sackweise von der Torfindustrie vermarktet), Berggebiete durch Pisten erschlossen, Wattenmeere eingedämmt. Hecken fallen der Flurbereinigung zum Opfer, Baumalleen der Straßenverbreiterung, Landgebiete einer wachsenden Zersiedlung. Allein zwischen 1979 und 1982 sind die Siedlungszonen in Deutschland um 180 000 ha größer geworden - das ist mehr als die Gesamtfläche aller vorhandenen Naturschutzgebiete. 5% des Bundesgebiets liegen schon unter Teer, Schotter und Asphalt: der Preis für ein 375 000 km langes Straßen- und Eisenbahnnetz. Riesige Gebiete - doppelt so groß wie das Bundesland Saarland - dienen militärischen Zwecken: der Preis der Freiheit? Seen, Bäche und Flüsse werden durch giftige Schadstoffe von Industrie und Landwirtschaft belastet. Ein übersteigerter Trinkwasserverbrauch beansprucht in man-

<sup>32</sup> SZ vom 10.7.1984.

<sup>33</sup> Berechnungen zufolge würde eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf 100 km auf Autobahnen und 80 km auf Landstrassen sofort und kostenlos den Ausstoß von Stickstoffoxyden um 300 000 tO vermindern.

<sup>34</sup> Im Einzelnen dazu die Analyse von Egmont R. Koch/Fritz Vahrenholt, *Die Lage der Nation*, Umwelt-Atlas der Bundesrepublik. Daten — Analysen — Konsequenzen. Hamburg 1983. Weitere wichtige Daten in den Sonderberichten. "Die Erde ein öder Stern", in: *Der Spiegel*, 17/18 1983.

chen Teilen Deutschlands die Grundwasser-Vorkommen derart, daß großflächige Störungen des Wasserhaushalts eingetreten sind.

Die Auswirkungen auf Flora und Fauna sind verheerend: 47% aller Säugetierarten sind vom Aussterben bedroht, 36% aller Vogelarten, 32% aller Fischarten, Hunderte von Blumen- und Pflanzenarten. Doch auch die psychische und physische Gefährdung des Menschen wächst. Daß die Vergiftung der Ökosphäre schwere gesundheitliche Schäden hervorruft, ist inzwischen eindeutig nachgewiesen; daß die Zerstörung der natürlichen Umwelt aber auch zur psychischen Verkümmern und Verletzung des Menschen führt, ist eine Einsicht, die sich immer mehr durchsetzt. "Der Mensch ist so geschaffen, daß er abhängig ist von Duft, Ton, Farbe, Form, daß der Umgang mit dem Sternenhimmel, mit den Jahreszeiten in der Natur, mit allem was lebt und ist, zum normalen Umschwung seines Lebens gehört", lehrt der Basler Anthropologe Adolf Portmann, um daraus den Schluß zu ziehen: "Unsere Seele verarmt heute infolge der Mangelwirtschaft an Natureindrücken."<sup>35</sup>

Ob es gelingen wird, die drohende ökologische Katastrophe noch zu verhindern, ist fraglich. Denn zum einen laufen die Gegenmaßnahmen zu langsam an<sup>36</sup> und zum anderen sind sie nicht radikal genug. Denn radikale Eingriffe müßten an den tieferen Ursachen des Problems ansetzen, und das heißt an der an wirtschaftlichem Wachstum orientierten Industriegesellschaft, an dem materiellen Wohlstand, das sie brachte und den konsumorientierten Lebensweisen, die sie begünstigte. Doch dafür sind bislang keine konsensfähigen Alternativen in Sicht. Im Gegenteil, gerade die wirtschaftliche Krise und die durch sie induzierte Massenarbeitslosigkeit birgt die Gefahr, daß erneut auf jene Regeln und Rezepte der Vergangenheit gesetzt wird, die zu der heutigen Situation führten. Und es ist keine Frage: bei einer Wahl zwischen ökologischer Gesundheit und ökonomischer Gefährdung dürfte sich die Mehrheit der Politiker und Wähler zugunsten der Ökonomie entscheiden.

---

<sup>35</sup> Der Spiegelel, 17/1983, S. 88.

<sup>36</sup> S. dazu den Bericht über ein vom Bundesinnenminister geplantes Schutzprogramm für den Boden in: Zeit-Dossier vom 15.6.1984, S. 33.

Die Situation wird zudem dadurch erschwert, daß es sich auch bei den ökologischen Problemen - ähnlich wie im Sicherheits- und wirtschaftspolitischen Bereich - um grenzüberschreitende Probleme handelt, die nicht durch nationale Alleingänge, sondern nur aufgrund internationaler Vereinbarungen gelöst werden können. Auch solche Vereinbarungen benötigen aber mehr Zeit als noch zur Verfügung steht und werden zudem mit Sicherheit nicht so tiefgreifend sein, wie es nötig wäre. Denn für sie müssen nicht nur die EG-Mitglieder gewonnen werden, sondern auch die Industriestaaten Osteuropas, die gerade in der Bundesrepublik Deutschland wesentlich zur ökologischen Belastung beitragen. Wie schwer es aber allein schon ist, in der EG die notwendigen Schritte durchzusetzen, zeigte sich am Fall abgasreinigender Katalysatoren, deren obligatorischer Einbau in Neufahrzeuge die Bundesregierung ab 1986 beschlossen hatte. Denn im Sommer 1984 beschloß wiederum die EG-Kommission die von der Bundesregierung gewünschten Abgaswerte erst ab 1995 vorzuschreiben. Da Abgaswerte und Bleigehalt von Treibstoffen aber EG-Recht unterliegen, muß die Bundesregierung ihre ambitionierten Pläne *ad acta* legen. Nicht minder problematisch dürften sich Einigungen in anderen Bereichen erweisen, etwa dem der Landwirtschaft, die in ihrer jetzigen Form ebenfalls die Umwelt in Europa nachhaltig belastet.

Noch schwieriger dürften sich die Verhandlungen mit den Regierungen Osteuropas entwickeln, obwohl sowohl die sich verdichtenden umweltbezogenen Gespräche zwischen den beiden deutschen Regierungen wie auch die im Juli 1984 in München durchgeführte Internationale Umweltkonferenz ein wachsendes Umweltbewußtsein sowie eine zunehmende Kooperationsbereitschaft der osteuropäischen Regierungen demonstriert hat.

### **Spuren der Angst**

Die Analyse begann mit einer Darstellung des intensiven Angst- und Krisenbewußtseins, das derzeit große Teile der deutschen Bevölkerung beherrscht, anschließend wurde versucht, anhand von drei Problemfeldern die Ursachen dieser Stimmung zu konkretisieren. Lassen Sie mich abschließend nun wieder zum Ausgangsphänomen Angst zurückkommen und auch noch

kurz einige ihrer politischen Auswirkungen darstellen. Denn gerade Gefühle der Angst und der Beunruhigung äußern sich ja nicht nur als Bewußtseinsphänomene, denen man zufällig anlässlich von Meinungsumfragen auf die Spur kommt. Das Gegenteil ist der Fall: zu den betreffenden Meinungsumfragen kommt - und kam - es, weil sich in der Gesellschaft etwas "bewegt", dem man auf den Grund kommen wollte. Und "Bewegungen" sind es denn auch, die seit einer Reihe von Jahren die politische Szene in der Bundesrepublik bestimmen. Sie sind das letzte der aktuellen Probleme, das hier behandelt werden soll. Dazu ist ein kurzer historischer Rückblick unerlässlich.

Es begann in der vweiten Hälfte der 60er Jahre mit der sog. "Studentenbewegung", die sich am Erlaß einer Notstandsgesetzgebung, vor allem aber am Vietnamkrieg entzündet und schließlich - nicht zuletzt unter dem Einfluß der "Frankfurter Schule" - eine radikale anti-kapitalistische Wende genommen hatte. Während die Studentenbewegung zu Beginn der 70er Jahre wieder an Dynamik verlor, geriet eine andere Bewegung, die sich in dieser Zeit gerade erst aus einer Vielzahl lokaler Initiativen zu formieren begann, immer stärker ins öffentliche Blickfeld: die sog. "Bürgerinitiativen". Diese Bewegung war breiter, das Spektrum ihrer Mitglieder und Motive weiter, aber auch heterogener. Einige von ihnen fühlten sich von dem Aufruf des Kanzlers, der gerade ins Amt gekommenen sozial-liberalen Koalition, Willy Brandt, "mehr Demokratie wagen", zu mehr eigenem Engagement ermutigt; andere beunruhigte ein Unbehagen an Elementen des bestehenden politischen Systems. So klagten schon 1971 in einer Repräsentativ-Erhebung 68% der befragten Bürger über die dominierende Rolle von Parteien und Interessenverbänden;<sup>37</sup> Begriffe wie "Parteienstaat", "Verbändestaat", "Verwaltungsstaat" machten die Runde und verwiesen auf Struktur- und Funktionsmängel des politischen Systems.

Eines der Anliegen vieler dieser Bürgerinitiativen war die Sorge über die sich immer deutlicher abzeichnenden Umweltprobleme, nicht selten Folgen der expandierenden Wirtschaft. Überall im lokalen Umfeld gas es solche Ärgernisse, die Pro-

---

<sup>37</sup> Zitiert in: Peter Mayer-Tasch, **Die Bürgerinitiativenbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem.** Reinbek bei Hamburg 1976, S. 27.

test auslösten. Doch häufig stießen diese Proteste bei Parteien und Verwaltungen auf taube Ohren; die Interessengruppen waren in der Regel einflußreicher. Als wichtigste Triebkräfte dieser Bewegung erwiesen sich schließlich jedoch weniger die lokalen Erfahrungen als nationale und internationale Entwicklungen. 1972 hatte die Club of Rome-Studie von Meadows auf die **Limits of Growth** aufmerksam gemacht. Die durch sie ausgelöste Beunruhigung wurde im Herbst 1973 durch die von der OPEC ausgelöste Krise in der westlichen Energieversorgung weiter verstärkt. Auch der von Politik und Wirtschaft propagierte Umstieg auf Kernenergie brachte wenig Trost. Im Gegenteil: das Gefühl der Gefährdung wurde durch die Angst vor Kernkraftwerk-Unfällen noch verschärft. Harrisburg wurde gerade in der Bundesrepublik zum Trauma, ebenso der Giftskandal von Seveso und diverse Tankerunfälle, die auf die Gefahren der Meeresverschmutzung hinwiesen. Eine Zielzahl anderer Phänomene war anfangs schon aufgezählt worden - in ihrer Summe führten sie zum Entstehen einer breiten "Ökologie-Bewegung", die in ihrer allgemeinen Ausrichtung immer stärker Front gegen die moderne Industrie-Gesellschaft bezog.

Noch radikaler, aber auch umfassender in ihrer Kritik an der modernen Industriegesellschaft entwickelte sich neben, aber auch aus der Ökologie-Bewegung heraus, ein Ausläufer: die sog. "Alternativbewegung". Während sich viele der umweltbewußten Bürger in ihrer Kritik auf die Zerstörung der natürlichen Umwelt beschränkt hatten, bezogen sie in ihrer Kritik nun auch die Arbeits- und Lebensformen dieser Gesellschaft mit ein. Und nicht nur das: viele ihrer Mitglieder zogen - ziehen - auch praktische Konsequenzen daraus, indem sie sich um die Entwicklung neuer, eben alternativer Lebensformen bemühten. "Es war eine Bewegung" so schreibt einer ihrer Analytiker, "die besonders auch durch die Kritik der harten und zentralistischen Großtechnologie erwuchs. **Small is beautiful**, Dezentralisierung und Entwicklung sanfter Technologiën werden deshalb zu ihrer Erkennungsmelodie. An der Kernenergie halte sie sich fest. Politisch folgte eine weitergehende Kritik von Makt und Staat..."<sup>38</sup>

---

<sup>38</sup> G. Michelsen (Hrsg.), **öko-Politik — aber wie?** Frankfurt/M. 1983, S. 25 f.



Anfang der 80er Jahre entwickelte sich schließlich eine weitere, die derzeit letzte und wohl auch zahlenmäßig größte Bewegung: die sog. "Friedensbewegung". Ausgelöst vor allem durch den Nato-Doppelbeschluss und die Angst vor einer wachsenden Kriegsgefahr in Europa kämpft sie vornehmlich gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in Europa und für die Beendigung des internationalen Wettrüstens. Wie groß das Potential ist, aus dem ihre Anführer schöpfen können, zeigte schon die erste große Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn, an der sich über 300 000 Menschen, vor allem Jugendliche, aus allen Teilen der Bundesrepublik beteiligten. Ihre Anziehungskraft ist seit dem Herbst dieses Jahres weiter gestiegen und vieles spricht dafür, daß sich ihr Zulauf mit der Stationierung der Raketen weiter erhöhen wird.

Natürlich laufen diese verschiedenen Bewegungen nicht säuberlich getrennt nebeneinander her, vielmehr überlagern und überschneiden sie sich. Zweifellos gibt es auch so etwas wie einen harten Kern von Mitgliedern, die sich allen genannten Zielen verpflichtet fühlen. Erheblich größer ist jedoch die Zahl der nur locker Assoziierten, die sich lediglich für einer der Ziele engagieren; noch größer die Zahl derer, die nur mit dem Protest sympathisieren, selbst jedoch nicht aktiv an ihm teilnehmen. Gerade aufgrund dieser heterogenen Zusammensetzung ist es auch schwer, einen gemeinsamen 'geistigen Nenner' zu finden, der sie bei aller Verschiedenheit doch miteinander verbindet. Doch wenn es einen solchen gemeinsamen Nenner gibt, so sind in ihm verschiedene Elemente verschmolzen: Empörung über die lebenszerstörenden Folgen des industriellen Wachstums und des militärischen Wettrüstens, generelles Unbehagen an der industriellen Zivilisation, Entfremdung von einem politischen System, das von Interessengruppen und Sachzwängen dominiert, dem Einzelnen ein Gefühl der Hilflosigkeit, des Ausgeliefertseins vermittelt. Vor allem aber Angst vor den aus allen Richtungen am Horizont heraufziehenden Gefahren - erinnern wir uns, daß es vor allem die Anhänger der "Grünen" waren, bei denen die anfangs erwähnte Erhebung die höchsten Angstwerte festgestellt hatte.

Daß aus der Situation in Europa, Deutschland Angst er-

wächst und um sich greift, ist nur natürlich. Es wäre bedenklich, wenn es anders wäre; denn Angst signalisiert Wachheit, Sensibilität. Blindheit wäre gefährlicher. Doch auch Angst ist nicht nur Change - auch sie birgt Gefahren: Lähmung, Resignation, Pessimismus wären das eine Extrem, zu dem sie führen kann, Kopflosigkeit und Panik das andere. Beide sind gefährlich, denn sie vergrößern die Gefahr in einer Situation, die nur mit Mut, Umsicht und Augenmaß für das Mögliche gemeistert werden kann.

Es ist schwer zu sagen, ob und inwieweit eine solche Gefahr für die Bewegungen unserer Tage gilt. Es gibt eine Reihe von Beobachtern, die dies bejahen: die in der sich ausbreitenden "alternativen Politik" mit ihrer kompromißlosen Ablehnung der alten Politik, ihrer Regeln und Zielsetzungen, ihrer Werte und Institutionen, eine Gefahr für das bestehende System der repräsentativen Demokratie sehen. "Die von den protestierenden Ökologen und Pazifisten so gern praktizierte Berufung auf ein höheres, dem demokratischen übergeordnetes Legitimationssprinzip" (so warnte einer von ihnen) "ist unhaltbar und demokratiezerstörend. Sie unterstellt..., daß die amtierenden Mehrheiten an der Erhaltung und qualitativen Verbesserung des Lebens nicht interessiert sind; sie suggeriert, daß die Mehrheiten in der repräsentativen Demokratie von einem falschen Bewußtsein angeleitet werden, und nimmt für sich in Anspruch, daß wahre Wissen über die tatsächliche Bedrohung des Lebens in unserer Welt zu besitzen."<sup>39</sup> Die hier anklingende Sorge vor einer zunehmenden Emotionalisierung und Radikalisierung der deutschen Politik ist sicherlich nicht unberechtigt. Angesichts der politischen Schwäche der Alternativbewegung und ihrer inneren Zerrissenheit auf der einen und einer mit einer großen Mehrheit ausgestatteten Regierungskoalition auf der anderen Seite erscheint sie jedoch maßlos übertrieben. Wenn der Grundkonsens über Ziele und Methoden der Politik in der Bundesrepublik brüchig geworden ist, so liegt dies eher an den Fehlern und Versäumnissen der alten Parteien und Politiker, die weder den Weitblick aufbrachten, die aufziehenden Gefahren rechtzeitig zu erkennen, noch genügend Phantasie

<sup>39</sup> Kurt Sontheimer, *Zeitenwende? Die Bundesrepublik zwischen alter und alternativer Politik*. Hamburg 1983, S. 254-55.

und politische Kraft, um **Wege in der Gefahr**<sup>40</sup> oder gar **Wege aus der Gefahr** aufzuzeigen.

Daß dies auch von einer wachsenden Zahl von Wählern in der Bundesrepublik so gesehen wird, zeigen die anhaltenden Gewinne, die die "Grünen" in den Länder- und Europa-Wahlen während der ersten Hälfte des Jahres 1984 erzielen konnten ebenso wie die Verluste der traditionellen Parteien, insbesondere der Liberalen. Noch haben die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD die Potenz und das Potential, die Initiative bei der Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik zurückzugewinnen und die Probleme, mit denen die Bundesrepublik konfrontiert ist, in den Griff zu bekommen. Sollten sie diese nicht nutzen, so werden sie nicht nur ihre eigene Zukunft verspielen, sondern auch die der Bundesrepublik. Denn die Lage, in der diese sich derzeit befindet, ist so ernst wie noch nie in ihrer kurzen Geschichte, vor allem aber ernster als viele ihrer Bürger und Politiker glauben.

---

<sup>40</sup> Carl Friedrich von Weizäcker, **Wege in der Gefahr**. Eine Studie über Wirtschaft, Gesellschaft und Kriegsverhütung, München und Wien 1977.